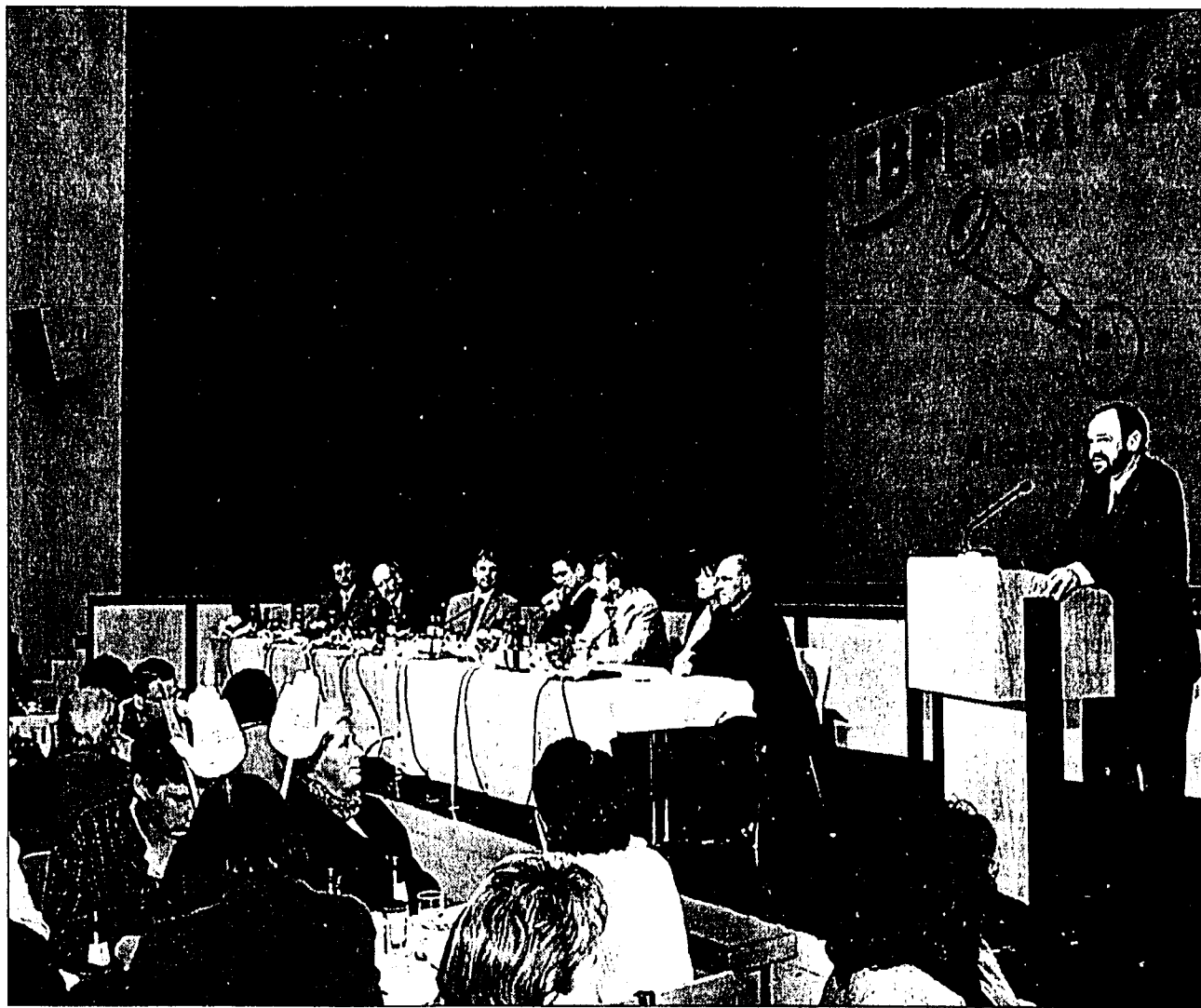


«Wir setzen Akzente!»

fen unsere Identität, unsere Existenz, die Grundlagen unseres Staates, auf welchen wir unser materielles Wohlbefinden aufbauen können. Viele von uns sind verunsichert, in einer Identitätskrise. Eine innere Spaltung unseres kleinen Volkes wegen der Verfassungsdiskussion und wegen der Angriffe und Pauschalverurteilungen durch andere Staaten ist möglich. Mir wurde geraten, die Finger von diesen heissen Themen zu lassen. Abzuwarten. Zuzuwarten. Nein, ich habe heute Abend schon einmal gesagt, dass Angst ein schlechter Berater ist. Es ist die Pflicht jeder politischen Kraft, gerade die existentiellen Fragen zu behandeln und einer guten Lösung zuzuführen.

Der Fürst ist das Staatsoberhaupt, und wir respektieren seine Person und Position.

Betreffend die Verfassungsdiskussion will der Fürst eine Entscheidung in diesem Jahr. Da dies die Organisationsstruktur unseres Staatswesens und daher uns alle direkt betrifft, müssen wir für eine verantwortungsbewusste Entscheidung vorbereitet sein. Die Bürgerpartei ist eine grosse Volkspartei. Naturgemäss gibt es verschiedene Meinungen und Auffassungen zu den ver-



«Nutzen wir die Talente. Setzen wir Akzente.» – Der neue FBPL-Präsident Ernst Walch in seiner Rede nach der Wahl.

nicht vor. Allerdings hat der Landtag letzte Woche entschieden, die Vorschläge seiner Kommission zu veröffentlichen. Es werden also in diesen Tagen die Ergebnisse der Verfassungsdiskussionen zwischen Fürst und Landtag der breiten Öffentlichkeit zugänglich sein.

Jahrhundert darstellt. Ich wage zu behaupten, dass der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes ausser mit ein paar Schlagworten noch viel zu wenig klar ist, welche Vorschläge welche Auswirkungen haben. Konnten wir auch nicht. Es ist jetzt die Zeit gekommen, dass wir uns alle der Verfassungsdiskussion stellen. Die Zeit ist günstig. Die Positionen von Fürst und Landtag liegen vor.

Ich mache hiermit das Angebot an die Vaterländische Union (VU) und an die Freie Liste (FL), an Interessensverbände und Vereine, an sonstige Grup-

den nächsten Tagen mitzuteilen, wer sich als informierter Vertreter für solche Freitagsgespräche zur Verfügung stellen möchte. Und ich lade hiermit insbesondere die VU und FL ein, an der Organisation und Umsetzung dieser Diskussionsoffensive mitzuhelfen. Eine schriftliche Einladung erfolgt in den nächsten Tagen. Wir setzen Akzente.

Und schliesslich noch ein heisses Eisen: die Angriffe auf unseren Finanzplatz. Ausländische Medien und Regierungsvertreter so genannter freundschaftlicher Länder bezichtigen unser Land, die Behörden, die ganze Bevölkerung, also auch Dich und mich, der Korruption, der Unterstützung verbrecherischer Machenschaften, der Behinderung internationaler Rechtshilfe, der Geldwäscherei, eines unfairen Steuerwettbewerbs, ja sogar der Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Und was tun wir? Die Regierung erklärt, dass es wohl schwarze Schafe gebe, dass sie die Rechtshilfe straffen und die Sorgfaltspflichtgesetz verschärfen werde. Sie gibt Versprechungen ab, bei entsprechendem Ersuchen umgehend Rechtshilfe zu leisten, obwohl die diesbezügliche Prüfungskompetenz bei den unabhängigen Gerichten liegt. Die Interessensvertreter geben allgemeine Erklärungen ab oder hüllen sich in Schweigen. Kein Wunder, dass die Bevölkerung verunsichert ist und das Gefühl bekommt, dass bei uns alles und alle korrupt und schlecht sind.

Was geht hier eigentlich vor? Zum einen ist unser Niedrigsteuersystem Deutschland und anderen Hochsteuerländern ein Dorn im Auge. Daher greifen sie mit allen Mitteln, auch unlauteren, unser System und deren Repräsen-

tanten an. Eine Verleumdungskampagne findet statt, mit den Print- und Telemedien als Handlanger, um die eigenen Bürger der Hochsteuerländer zu verunsichern. Unser von Klischees und romantischen Vorurteilen aus der Märchenwelt behaftetes Land und die Monarchie sind ein gefundenes Fressen für die internationalen Klatschmedien. Der Verfassungskonflikt, das angespannte Verhältnis zwischen Fürst und Regierung, die Verunsicherung im eigenen Land und das fehlende Wissen über das eigene System verschärfen das Problem. Inhaltlich wird heute ausgeschlachtet, was zu einer Zeit geschah, als es noch keine Geldwäscherei- und Sorgfaltspflichtregelungen gab. Auch nicht in Deutschland.

Wir werden nichts gewinnen durch Anbiederung

Wir werden nichts gewinnen durch Anbiederung, durch leichtfüssige Versprechungen, durch voreilige Angleichung unserer Gesetze an die der anderen Länder. Das tut man nur dann, wenn man von der eigenen Sache nicht überzeugt ist. Aber wir gewinnen auch nichts durch Poltern und arrogantes Auftreten.

Hier geht es ganz einfach um einen Wettbewerb der Systeme. Um Einfluss und Staatseinnahmen. Verpackt wird das Ganze mit dem Mäntelchen der Ethik und Moral. Wobei die Grossen die Guten und die Kleinen die Bösen sein sollen.

Und wir fühlen uns ertappt, schuldig, wollen uns daher musterschülerhaft benehmen und geben einem nicht einmal rechtmässig begründeten Druck von aussen aus politischem Opportunismus nach. Einzelne Personen werden von aussen angegriffen, vorverurteilt und für das System verantwortlich gemacht und erhalten von innen keine oder wenig Unterstützung. Glauben wir selbst gar nicht an unser System, an die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges, den unsere Eltern und wir selbst geschaffen haben? Und wir haben auch immer geschwiegen, das Thema tabuisiert, verdrängt. Wissen wir eigentlich, was Geldwäscherei wirklich ist? Dass gemäss deutschem Recht darunter anderes verstanden wird, als nach liechtensteinischem? Wieviele von uns können die Begriffe Geldwäscherei und Sorgfaltspflicht erläutern und den rechtlichen Gehalt erklären?

Nutzen wir die Talente. Setzen wir Akzente.

Wie in der Verfassungsdiskussion ist es höchste Zeit, dass wir uns als mündige, selbstbestimmende Bürger mit den Gesetzen und Regeln auseinandersetzen und für diese einstehen. Wir können unser Regelwerk nur verteidigen, wenn wir es kennen. Wiederum belässt die Bürgerpartei es nicht nur bei der Kritik, sondern bietet Lösungen an. Wir haben daher beschlossen, am 17. April 2000 im Balznersaal eine grosse Informationsveranstaltung und Diskussion zu diesem Thema durchzuführen, und zwar nicht eine Expertentagung, sondern einen sachbezogenen Dialog zwischen Praktikern und Mitbürgern wie Du und ich. Ich biete den Interessensverbänden, insbesondere dem Bankenverband, der Rechtsanwaltskammer, den Treuhändern und Wirtschaftsprüfern an, unsere Plattform zu nutzen, zu informieren und sich dem Gespräch zu stellen. Euere Ansprechpartner sind alle Kreise der Bevölkerung und nicht allein die Berufsverbände. Und Euch alle fordere ich auf, teilzunehmen, um einen landesweiten Konsens wachsen zu lassen, um Unwissen und Unsicherheit abzubauen, um mitzubauen an der Zukunft unseres Landes.

Ihr seht, ein wahrlich interessantes Jahr liegt vor uns. Wir haben die Chance, es zu gestalten. Freuen wir uns darauf. Nutzen wir die Talente. Setzen wir Akzente.»



Kämpferischer Ernst Walch: «Wir machen nicht Opposition um der Opposition willen, sondern unser Ziel ist es, mit den besseren Ideen und Personen wieder an die – wohlverstanden nicht nur in die – Regierung zu kommen.»

schiedenen in Diskussion stehenden Verfassungsbestimmungen. An die geltende Verfassung allerdings halten wir uns, solange sie so in Geltung ist. Und wir stellen diesen Anspruch auch an alle anderen Organe unseres Staates. Leider ist diese Selbstverständlichkeit in letzter Zeit nicht mehr so selbstverständlich. Der Fürst ist das Staatsoberhaupt, und wir respektieren seine Person und Position. Wir setzen uns ein für gegenseitige Achtung und Respekt und wir setzen voraus, dass in Verfassungsfragen alle das Allgemeinwohl vor persönliche Interessen stellen.

Fürst und Landtag, dieser vertreten durch eine eigens dafür eingesetzte Verfassungskommission, haben einander seit Jahren ihre jeweiligen Vorschläge unterbreitet und erläutert. Zu wesentlichen Kompromissen oder gar einer Einigung ist es nicht gekommen. In den Zeitungen konnte einiges nachgelesen werden. Schliesslich hat der Fürst seinen Vorschlag kürzlich veröffentlicht und allen Haushaltungen zugesandt. Für den Landtag ist die Kommissionsarbeit aber noch nicht abgeschlossen; er trifft sich anfangs April noch einmal mit dem Fürsten. Der Fürst hat die Bevölkerung zwischenzeitlich bereits zu Diskussionsrunden ins Schloss eingeladen. Ein offizieller Verfassungsvorschlag des Landtages, eventuell als Gegenvorschlag zum Entwurf des Fürsten, liegt

Ob nun ein oder zwei Verfassungsvorschläge vorliegen, eine Volksabstimmung wird es geben. Egal, ob eine Initiative für den Vorschlag des Fürsten ergriffen wird oder ob Landtag und Fürst doch noch einen allfälligen Kompromiss aushandeln werden.

In der Verfassungsfrage dürfen wir keine halbe Sache machen.

Ich habe heute Abend schon aufgerufen, wachsam zu sein, sich politisch zu engagieren, mehr denn je in diesem Jahr. Es ist für jede politische Kraft vornehmste Pflicht und ureigenste Aufgabe, den Meinungsbildungsprozess zu ermöglichen und zu fördern. Wir reden nicht nur darüber, wir tun es, über alle Parteigrenzen hinweg. Es wird viel Kraft, persönlichen Einsatz und auch Geld kosten. Insbesondere in der Verfassungsfrage allerdings dürfen wir keine halbe Sache machen. Unser Ziel ist, dass die ganze Bevölkerung umfassend informiert ist und nicht in Angst oder Unwissen, sondern verantwortungsbewusst einen Verfassungsvorschlag beschliesst, der eine solide Grundlage für unser Zusammenleben in diesem neuen

Kein Wunder, dass die Bevölkerung verunsichert ist. . .

pierungen und an die ganze Bevölkerung unseres Landes, an Diskussionsrunden in den Gemeinden teilzunehmen. Wir werden in den Monaten April und Mai, allenfalls auch im Juni, an jedem Freitagabend von 18.00 bis 19.30 Uhr in verschiedenen Gaststätten und Versammlungsorten aller Gemeinden solche Gespräche organisieren. Wir werden dafür besorgt sein, dass jeweils informierte Vertreter der verschiedenen Standpunkte anwesend sein werden und eine inhaltlich neutrale Moderation gewährleistet ist. Damit wird eine individuelle und fundierte Meinungsbildung ermöglicht, welche eine solide Grundlage für die Entscheidung an der Urne darstellen wird. Ich bitte Euch, unserem Geschäftsführer Marcus Vogt (Tel. 237 79 40, Fax 237 79 49) in



Viel Applaus für die Ansprache des neuen Präsidenten der Bürgerpartei.